Staatsministerin Böhmer zum Grundschulleistungsvergleich: "Länder müssen Förderung von Migrantenkindern mit Nachdruck umsetzen

Staatsministerin Böhmer zum Grundschulleistungsvergleich: "Länder müssen Förderung von Migrantenkindern mit Nachdruck umsetzen"

Staatsministerin Maria Böhmer hat die Länder aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Förderung von Migrantenkindern deutlich zu verstärken.
"Die heute veröffentlichte Studie zum Grundschulleistungsvergleich aller 16 Bundesländer ist ein Warnsignal: Kinder aus Zuwandererfamilien sind nach wie vor benachteiligt. Der Bildungserfolg ist immer noch in erheblichem Maße von der Herkunft abhängig. Zugleich wird deutlich: In Ländern, die der individuellen Förderung von Migrantenkindern hohe Priorität beimessen, tragen die Anstrengungen Früchte. Für den Erfolg unseres Bildungssystems in ganz Deutschland ist es umso wichtiger, dass die Förderung von jungen Migranten nachhaltig gelingt", betonte Böhmer.
Für die Staatsministerin sind vier Punkte bei der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien von zentraler Bedeutung:
"- Höchste Priorität hat die Sprachförderung von Anfang an. Es ist ein großer Erfolg, dass gezielte Sprachförderung im Kindergarten mittlerweile nahezu flächendeckend in allen Ländern stattfindet. Die einzelnen Verfahren in den Ländern sind jedoch sehr unterschiedlich. Deshalb ist der Beschluss von Bund und Ländern, die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen, ein entscheidender Beitrag zur weiteren Qualitätssteigerung der Sprachförderung.
- Die gezielte Sprachförderung und die verstärkte individuelle Förderung von Migrantenkindern muss sich in den Schulen fortsetzen. Notwendig sind mehr Lehrer, mehr Schulsozialarbeiter und mehr Ganztagsschulen. Die Länder sind aufgefordert, Schulen mit einem hohen Migrantenanteil intensiver zu unterstützen. Hierbei dienen die Länder als Vorbild, bei denen die Förderung von Migranten besser gelingt.
- Auf die Lehrerin und den Lehrer kommt es an! Die Lehrkräfte müssen verstärkt auf die zunehmende Heterogenität in den Klassen vorbereitet werden. Vielfalt ist mittlerweile Normalität. Eine intensive Aus- und Fortbildung muss die Lehrerinnen und Lehrer auf den größer werdenden Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien vorbereiten. Zudem sollte der anstehende Generationswechsel gezielt genutzt werden, um mehr Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte zu gewinnen.
- Entscheidend ist auch die Mitwirkung der Eltern. Die Studie hat erneut bestätigt: Wenn in der Familie nicht Deutsch gesprochen wird, sind die Bildungschancen der Kinder deutlich geringer. Eltern müssen sich dem stellen und in die Lage versetzt werden, ihre Kinder auf dem Bildungsweg auch sprachlich zu unterstützen. Hierfür sind gute Deutschkenntnisse der Eltern und entsprechende Förderangebote die Voraussetzung", erklärte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung.
"Die in den vergangenen Jahren begonnene Aufholjagd der Migranten darf jetzt nicht ins Stocken geraten. Die intensive individuelle Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindergarten und Schule muss in allen Ländern konsequent und mit Nachdruck umgesetzt werden", forderte Böhmer.

Kontakt:
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 01888 / 272 - 0
Telefax: 01888 / 272 - 2555
Mail: InternetPost@bundesregierung.de
URL: http: //www.bundesregierung.de/
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=509941" width="1" height="1">

Pressekontakt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".